MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

# Deutsche Allgemeine Zeitung

## Tägliche Rundschau

Donnerstag, 31. Juli 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

31. 7. m Nr. 356 100 Milliarden
63. Jahrgang.

## Der letzte Strohhalm.

Trotz glühender Hochsommerhitze fieberten heute vor zehn Jahren am Friedrichsdenkmal und königlichen Schloß Zehntausende vom Morgen bis Abend einer Erlösung von qualvoller Spannung entgegen. Der Einfältigste unter ihnen fühlte, daß feindliche Nachbarn ihre Zugbrücken über Weichsel und Maas fallen lassen wollten.

Englands Kanalflotte lag unter Dampf und das Mittelmeergeschwader bei Malta versammelt. Rußland hatte am 29. Juli 16 Armeekorps und am heutigen 31. die gesamte Streitmacht zu Wasser und Lande mobilisiert. Am 29. Juli auch hatte Botschafter Iswolsky aus dem Mund des französischen Ministerpräsidenten Viviani vernommen, „Frankreich werde mit seinen Verbündeten gehen". Im Generalstabsgebäude am Königsplatz liefen bestätigende Meldungen von Mannschaftstransporten in Frankreich und Truppenverschiebungen gegen Osten ein, und das „arme, kleine", später „ruchlos überfallene" Belgien war seit der Nacht vom 30. mobil.

Darum ging unter lachendem Sonnenhimmel Sorge in Deutschland um. An den Bankschaltern vertauschten Tausende ihr Papiergeld gegen Gold. Die Börsen stellten ihre Notierungen ein, und das Bargeld verkroch sich in Sparstrümpfe. Auch der Berliner bangte um seine Habe und drängte Unter die Linden, wo seine Väter in schicksalsschweren Stunden stets ein Echo kraftvoller Entscheidungen hörten.

Der Einen Herz pochte in männlicher Freude auf Kampf, die ein köstlich Erbgut unseres Volkes ist, und ersehnte ein Handeln, kühn, wie das des Königs droben auf dem Denkmal oder des Kaisers, den mancher noch drüben am Eckfenster sah. Andere baten Gott um Frieden, aber ahnten, daß geschlagen werden müsse, weil der Feind zum Kriege drängte.

Um Mittag zieht die Wache vom vierten Garderegiment auf. Der Schellenbaum wippt, die Pauke dröhnt durchs Brandenburger Tor unsere via triumphalis entlang. Kurz vor der russischen Botschaft schweigt die Musik, und nur vom Marschtritt der Füsiliere klirren die Scheiben, bis der lange Bataillonstambour den Tambourstab wirbelt. „Gott erhalte Franz den Kaiser", braust wenig diplomatisch, aber gut soldatisch das Deutschlandlied zu den Russen hinauf. Die Armee grüßt ihren Hohen Verbündeten und seine Truppen, die schon an Drina und Save kämpfen.

Die jubelnde Menge fällt ein. „Sei's trüber Tag, sei's heiterer Sonnenschein", jauchzen Blechinstrumente und Menschenkehlen zum Bronzebild des König Connetable und zum Fenster Kaiser Wilhelms des Siegreichen hinauf. Der Torbogen des grauen Schlosses verschluckt das „Heil Dir im Siegerkranz".

Dann wird unerträglich die Spannung der Harrenden, die Sorge um ihr Vaterland seit Tagen kaum schlafen ließ. Eine Entscheidung muß endlich fallen. Die Stunden rinnen, aber nichts zu erfahren, bis an der Schloßfreiheit Trommeln wirbeln. Die Wartenden recken die Hälse. Väter heben ihre Kinder. Auch die Kleinsten sollen das Schreiten der Geschichte schauen.

Vom Denkmal des Großen Kaisers schwenkt eine kleine Truppe in die Linden und zum Friedrichsstandbild. Verweilen wir bei ihr und dem letzten historischen Auftreten der königlichen Armee im friderizianischen und altwilhelminischen Blau, das sie auf ihrer stolzen Siegesbahn von Soor bis Sedan trug.

Vier Spielleuten von Alexander folgt ein schlanker, blonder Leutnant mit gezogenem Degen, glitzernder Feldbinde und funkelnden Goldlitzen am roten Kragen. Hinterdrein stampfen im Stechschritt zehn baumlange Grenadiere mit Gewehr über.

An Aller schwarzen Lederhelmen gleißen fliegende Preußenadler mit Gardesternen. Wangen und Kinn umgürtet die Schuppenkette. Von dunkelblauen Röcken stechen rote Kragen, helle Litzen und die weißen Riemen des Lederzeugs ab.

Ein zuversichtlich Aufatmen geht durch die Menge, denn solche Soldaten können sich sehen lassen und dürften die Welt in Staunen setzen!

„Halt", kommandiert Leutnant von Viebahn, der längst unter grünem Rasen schläft, steckt den Degen in die Scheide, läßt die Tambours schlagen und entfaltet ein Papier.

Als das Kalbfell schweigt, verliest der Offizier mit hallender Stimme einen Erlaß des Oberstkommandierenden in den Marken: „Seine Majestät der Kaiser haben auf Grund § 68 der Reichsverfassung für das Reichsgebiet ohne Bayern den Zustand drohender Kriegsgefahr erklärt!"

Wohl jubelt die Menge „Hurra", der Kaiser", „Hurra, die Armee", „Hurra, unsere Alexandriner", aber Begreifende starren einander in die Augen: Noch immer nicht mobil?

Nein, noch einmal hatte die kaiserliche Regierung einen unanfechtbaren Beweis ihres Friedenswillens erbracht und allen, die hören wollten, unmißverständlich gesagt: Der Krieg droht uns, aber wir wollen ihn nicht! Das Lockern, nicht Ziehen des Degens war ein Haschen nach dem letzten Strohhalm, ein verspäteter Versuch, die Gegner zu warnen. Militärische Notwendigkeit gebot spätestens bei Eintreffen der Nachricht von Rußlands Gesamtmobilmachung vom Leder zu ziehen, und das Zaudern kostete, wie immer, viel Blut.

Erst 24 Stunden später erging der Mobilmachungsbefehl. Auch Regiment Alexander gab die blauen Röcke auf Kammer ab und ging im grauen Männermeer unter. „Feldgrauer" hieß im Volksmund fortan der Grenadier, der Musketier, der Kürassier und Kanonier. Wars ein Omen, daß die Armee den ernstesten Waffengang ihrer Geschichte nicht im Blau Friedrichs des Großen und Wilhelms des Siegreichen antrat?

Doch an zäher Tapferkeit und todverachtendem Heldentum blieb sie im grauen Waffenkleid der hohen Väter wert. Das Blut ihrer Besten trank die Erde, die — stets jenseits der Reichsgrenzen — unter ihren Kämpfen und Siegen zitterte. Ihrer denken wir, nun stolze Tage sich jähren, der schmucken Helden im funkelnagelneuen Waffenkleid, die im glorreichen August 14 dem Tod wie einer Braut in die Arme stürmten, und der abgehärmten Dulder mit kampfzerfetzten Leib und Rock, die im trüben Herbst 18 im Sterben mit bitterem, müden Lächeln das Gesicht zur Wand des Granattrichters und den Rücken zu einer Welt kehrten, die Meineidige zur Macht rief und Treue „Streikbrecher" hieß.

Wir wissen, was wir und unsere Kinder ihnen immerdar schuldig sind!

Germanicus.

## Auf die Spitze getrieben.

### Herriots Forderungen — Pariser Drohungen.

**sk. Paris,** 30. 7. (Eigenbericht.) Der „große Plan Herriots" ist von seiner Presse bereits seit einigen Tagen für Mittwoch angesagt worden. Seine weittragende Bedeutung und das geringe Vertrauen, welches seine Schöpfer in seine widerspruchslose Annahme durch die Engländer setzen, geht aus der journalistischen Einleitung hervor, welche heute früh in einigen Morgenblättern begann und zu Mittag in dem Herriot nahestehenden Abendblatt „Information" fortgesetzt wurde. Die Abendblätter stimmen zunächst ziemlich harmonisch in das Konzert ein.

**„Information" droht nach einer auf die allgemeine Mißstimmung hinweisenden Einleitung und schärfsten Angriffen auf England recht deutlich mit der Abreise Herriots, ohne sie allerdings noch in ganz unzweideutiger Weise anzukündigen.**

**Am Abend wird „Liberté" schon deutlicher und führt aus, Herriot würde, sollte man von ihm noch mehr verlangen, abreisen und die Weiterführung der Konferenz den Fachmännern überlassen, was ihr Ende bedeuten würde.**

Die Zerfahrenheit der Konferenz scheint uns, von Paris aus gesehen, sehr groß. Die Minister Nollet und Clémentel wollen unzufrieden sein, von Peretti wird nichts erwähnt. Jedenfalls ist die französische Delegation selbst nicht einig. Die Belgier sind bekanntlich schon einige Tage schwankend. Auch Amerika ist mit Frankreich gar nicht einverstanden, und England befindet sich mit Frankreich in großem Widerspruch. Parallel mit der eigenen Spaltung wird auch von einer Spaltung in der englischen Delegation gesprochen. Hier soll Snowden den Erstminister ganz in den Hintergrund gedrängt haben und die Seele des Widerstandes gegen Frankreich sein. Der allgemeine Streit geht um die militärische Besetzung, welche allen Alliierten unbequem oder wenigstens überflüssig erscheint.

**Paris,** 30. 7. (W. T. B.) Die Republikanische Linke, wie sich die Rechte des Senats nennt, hat heute nach einer Debatte über die außenpolitische Lage folgende Tagesordnung angenommen: Die Fraktion zählt darauf, daß die Regierung es versteht, die Rechte Frankreichs aufrechtzuerhalten und seine Interessen zu verteidigen auf der Grundlage der bestehenden Verträge, die in ihrer Gesamtheit aufrechterhalten werden müssen.

### Noch zwei Jahre militärische Ruhrbesetzung!

**Paris,** 30. 7. (W. T. B.) Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet aus London, daß die französische Delegation nunmehr den französischen Vorschlag, von dem seit drei Tagen die Rede ist, fertiggestellt hat. (Der erste Teil des Vorschlags stimmt mit den von uns veröffentlichten Punkten überein. Red.) Was die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets anbetreffe, so habe die französische Delegation einen Räumungsplan ausgearbeitet, der je nach Maßgabe der Placierung der Eisenbahn- und Industrieobligationen in die Erscheinung trete. Wenn alle Bedingungen für die Emission der Anleihe von 800 Millionen Goldmark erfüllt seien, solle eine Berichtigung der Besatzungszone vorgenommen werden. Hierauf werde in drei Staffeln die Räumung erfolgen, und zwar je nachdem ein Drittel von je zwei Milliarden deutscher Obligationen untergebracht seien. Nachdem dieses Ergebnis erzielt sei, würden die französisch-belgischen Truppen das Ruhrgebiet vollständig räumen. Wenn der Finanzmarkt jedoch nicht so rasch die deutschen Obligationen aufnehmen könne, dann werde unter allen Umständen, wenn die deutsche Regierung die Bedingungen des Dawes-Planes erfüllt habe, die Räumung im August 1926 vollzogen werden. Nach Auffassung der Franzosen und Belgier müßten die britischen Truppen auch nach dem 10. Januar 1925 in der Kölner Zone verbleiben, sei es auch mit verringerter Truppenstärke, und zwar bis zum Augenblick der vollkommenen Räumung des Ruhrgebiets durch die französischen und belgischen Truppen. — Der Berichterstatter erklärt, daß über diese Vorschläge heute nachmittag Herriot und Mac Donald eine Unterredung haben würden, der große Bedeutung beigelegt werde.

*

Die maßlosen französischen Forderungen sind nichts mehr als ein bewußtes Treiben zum Bruch. Frankreich nimmt vor aller Welt die Verantwortung auf sich, wenn der Dawesplan seinen Zweck verfehlt und die Bereitwilligkeit, die in Amerika vor und auf der Konferenz gezeigt wurde, zurückgewiesen wird. Das muß schon jetzt in aller Schärfe betont werden. Berliner Korrespondenzen bringen bereits tendenziöse Meldungen aus Paris vom Abbruch der Londoner Konferenz und der Abreise Herriots, die allerdings verfrüht sind. Aber Frankreich muß wissen, daß Deutschland unmöglich zwei weitere Jahre Ruhrbesetzung tragen wird, und daß für England ein Bleiben in Köln über den Januar 1925 die Verletzung eines Ehrenwortes bedeutet, wie vor wenigen Tagen Asquith im Unterhause festgestellt hat.

W. T. B. meldet aus London:

Die Meldung, daß die Londoner Konferenz abgebrochen worden sei, wird an hiesiger unterrichteter Stelle als Tendenzmeldung bezeichnet, der jede Grundlage fehlt.

### Das „Schiedsgericht" abhängig von der Repko?

**a. London,** 30. 7. (Eigenbericht.) Der französische Vermittlungsvorschlag wurde in den heutigen Vormittagsstunden endgültig fertiggestellt und wird heute nachmittag in der Besprechung der Delegationsführer beraten werden. Der Inhalt des Vorschlages entspricht in den sämtlichen Punkten den gestern abend gemeldeten Einzelheiten. Insbesondere bestätigt es sich, daß das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit auch bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reparationskommission Anwendung finden könne. Die große Bedeutung des letzten Punktes liegt auf der Hand, denn, wenn innerhalb der Reparationskommission Meinungsverschiedenheiten in der Verfehlungs- oder Sanktionsfrage entstehen, würde es Aufgabe des Schiedsgerichts sein, die Entscheidung zu treffen.

In der Theorie ist also Herriot von seinem bisherigen Standpunkt, wonach die neue Körperschaft nur beratende, nicht aber entscheidende Stimme haben dürfte, abgegangen. Welche Bedeutung dieses Zugeständnis in der Praxis haben wird, wird jedoch erst von der Zusammensetzung des Schiedsgerichts abhängen. Hierüber sind zwei sehr verschiedene Versionen verbreitet. Nach der einen soll diese Aufgabe dem ständigen Gerichtshof im Haag übertragen werden, nach der andern einem besondern Komitee, das von der Reparationskommission ernannt werden soll.

**Es versteht sich von selbst, daß der französische Vorschlag im letzteren Falle nur eine rein formale Bedeutung hätte und an dem entscheidenden Einfluß Frankreichs in dieser Angelegenheit nur sehr wenig ändern würde. Die sensationellen Meldungen, die in Berlin über ein Nachgeben Frankreichs verbreitet sein sollen, sind also vorläufig mit aller Vorsicht aufzunehmen.**

Bisher kann nur gesagt werden, daß sich für die Lösung der Garantiefrage eine neue Möglichkeit zeige, deren Beurteilung nur dann möglich sein wird, wenn die heutigen Verhandlungen Klarheit über die französischen Pläne gebracht haben werden.

Ein zweiter Punkt, der noch der Aufklärung bedarf, betrifft die

**Gegenforderungen Frankreichs**

für seine Zugeständnisse. Wir haben bereits berichtet, daß Frankreich die Schiedsrichterformel nicht etwa nur auf die Repko, sondern auch auf alle anderen Instanzen anwenden will, die sich mit der Durchführung des Berichtes zu befassen haben, vor allem auch auf das Transferierungskomitee und die Regelung der deutschen Sachlieferungen. Diese beiden letzteren Punkte stoßen jedoch bei England auf entschiedenen Widerstand. Von englischer Seite wird ganz richtig darauf hingewiesen, daß es sich hier um sehr verwickelte technische Fragen handle, die nur von Fachleuten geprüft werden könnten und deshalb für die Entscheidung durch ein Schiedsgericht nicht geeignet seien. Es mag dahingestellt bleiben, ob die ablehnende Haltung Englands in dieser Frage, besonders soweit es sich um die Sachlieferungen handelt, auch noch durch andere Motive beeinflußt wurde, die damit im Zusammenhang stehen, daß man von der Durchführung des Finanzberichts in englischen Kreisen

**schädliche Folgen für die englische Industrie**

befürchtet. Bekanntlich ist diese Befürchtung vor einigen Tagen durch den Verband englischer Industrieller auch im Parlament zum Ausdruck gekommen.

Sollte sich über die französischen Gegenforderungen eine Verständigung nicht erzielen lassen, so würde Herriot natürlich auch seinen ersten Teil dieses Vorschlages zurückziehen. Auch hieraus läßt sich die Aussichtslosigkeit der Lage erkennen. Die ganze Angelegenheit ist vorläufig in der Schwebe, und vom deutschen Standpunkte aus ist eine Beurteilung keineswegs möglich.

### Wichtige Zusammenkunft Herriot — Mac Donald.

**sk. Paris,** 30. 7. (Eigenbericht.) Havas zeigte heute nachmittag mit spezieller Betonung an, daß zur Stunde eine ganz besonders wichtige Zusammenkunft zwischen Mac Donald und Herriot stattfinde. Die Repko ist heute 4 Uhr nachmittags nach London gefahren und kommt dort um 11 Uhr nachts an. Sie soll angeblich in allerkürzester Zeit die deutschen Unterhändler berufen wollen.

**London,** 30. 7. (W. T. B.) Der Rat der Sieben hielt heute nachmittag eine Sitzung ab. Außerdem fand eine Zusammenkunft des juristischen Komitees statt.

### Hughes beruhigt Poincaré.

**sk. Paris,** 30. 7. (Eigenbericht.) Seit vorgestern abend befindet sich, wie bereits gemeldet, der amerikanische Außenminister Charles Evans Hughes in Paris. Offiziell kam er nur eines Advokatenfestes wegen, aber selbstverständlich sieht man in ihm den „großen Amerikaner", von dessen Eingreifen mehr als von der Konferenz in London abhängt. Man erwartet von ihm, daß er Poincaré beruhigen wolle. In diesem Sinne kann man einer Mitteilung der Herriot nahestehenden „Information" Bedeutung beimessen, Poincaré habe erklärt, er schreibe sich nicht das Recht zu, die Vertreter Frankreichs bei ihren Delegationsverhandlungen in London zu stören.

Im Justizpalast fand ein feierlicher Empfang statt. Es waren außerordentlich viel Juristen zugegen, und unter den Advokaten erschienen auch die Herren Millerand und Poincaré. Auf verschiedenen photographischen Aufnahmen erscheint Poincaré unmittelbar neben Hughes. In den Reden war viel von Freiheit und Gerechtigkeit die Rede. Da es sich um Advokaten handelt, wurde letzterer der Vorrang eingeräumt. Der amerikanische Botschafter in Paris gibt heute ein Diner, bei dem Hughes und Poincaré zusammenkommen werden.

Hughes wird Donnerstag, 10 Uhr abends, in Brüssel erwartet, wo er Freitag und Sonnabend verbringt. Sonntag wird er in Berlin erwartet, wo er sich, wie „Matin" wissen will, mit Herrn v. Maltzahn über politische Fragen unterhalten werde, da die Herren Marx und Stresemann, ebenfalls „Matin" zufolge, sich zu dieser Zeit bereits in London befinden werden.

Verschiedene Blätter machen sich darüber lustig, daß mit Rücksicht auf die amerikanische Anti-Alkoholgesetzgebung bei den Festen kein Wein oder Bier serviert wurde.

### Die Repko auf dem Marsch.

**Paris,** 30. 7. (W. T. B.) **Die ersten und zweiten Delegierten der Reparationskommission reisen heute nachmittag 5 Uhr nach London. Der englische Delegierte Bradbury befindet sich bereits dort. Morgen vormittag 10 Uhr findet die erste offizielle Sitzung in London statt.**

## Die Stellung der Dominions.

### Neue britische Reichskonferenz.

**London,** 30. 7. (W. T. B.)

In der Sitzung des Unterhauses erklärte Kolonialstaatssekretär Thomas zu der Debatte über die Beziehungen des englischen Mutterlandes zu den Dominions, die Aussprache habe gezeigt, daß alle Parteien im Festhalten am Reichsgedanken einig seien. Die Regierung werde die Vertreter der Dominions über alle außenpolitischen Fragen auf dem laufenden halten. Thomas verlas dann ein langes Telegramm, das an die Regierungen der Dominions abgesandt worden sei und die Bitte enthielt, an der Lösung des großen Problems mitzuwirken, das die Londoner Konferenz beschäftige, und erklärte weiter, daß sämtliche Vertreter der Dominions jeden Tag entweder den Ministerpräsidenten oder einen anderen Minister gesprochen hätten, um sich über die augenblickliche Situation zu unterrichten.

**Mac Donald erklärte, daß dieses System sich nicht als zureichend erwiesen habe. Die Regierung hege die Absicht, im Oktober eine Konferenz einzuberufen und die Frage der Beziehungen des englischen Mutterlandes zu den Dominions erneut zu prüfen.**

### Britischer Parlamentsbesuch in Südafrika.

**London,** 30. 7. (T. U.) Die britische parlamentarische Delegation für Südafrika reist am 8. August ab. Sie wird von der kanadischen Delegation begleitet werden und am 1. September in Durban mit den Delegationen Australiens und Neu-Seelands zusammentreffen. Dies ist das erste Zusammentreffen von Parlamentariern aller Dominions in einem überseeischen Lande. Mr. Thomas, der englische Kolonialsekretär, ist der Vorsitzende der englischen Delegation.

### Die Matteotti-Krisis.

**fr. Mailand,** 30. 7. (Eigenbericht.) Trotz des Pressedekrets ist in den letzten Tagen eine Verschärfung der innerpolitischen Lage unverkennbar. Das Wort des „Impero": „Wer an dem Duce rührt, wird zermalmt", veranlaßt die Turiner „Stampa" zu dem Hinweis, daß außer dem Landesherrn und dem Staat nach den italienischen Gesetzen kein menschliches Wesen das Recht auf Unverletzlichkeit habe, sondern vor Gericht gezogen werden könne. Das Land fordert die Durchführung des Matteotti-Prozesses ohne jede politische Bindung und läßt sich auch durch die schärfsten fascistischen Angriffe nicht davon abbringen.

Der „Popolo" bringt das Interview mit dem sozialistischen Abgeordneten Caniboni, der auf eigene Faust Nachforschungen angestellt hat. Caniboni war im Kriege Major in einem Alpinibataillon und genießt das Vertrauen des Königs, der ihn in den letzten Tagen noch empfangen hat. Er will nun in Mailand erfahren haben: 1. daß die dortige Polizei bei den Nachforschungen passive Resistenz geübt habe, 2. daß, wenn die Untersuchung in Mailand planmäßig und ungestört vor sich gegangen wäre, das Gericht ebenso wie er hätte erfahren müssen, daß Dumini sich gerühmt habe, schon sechs bis sieben Leute um die Ecke gebracht zu haben, darunter auch Fascisten, und zwar auf höheren Auftrag, 3. daß Dumini einen Passepartout mit der Unterschrift Mussolinis hatte und 4. daß Volpi nach einer anderen Quelle Viola 50 000 Lire für den Mord ausgezahlt hätte.

### Die russischen Kriegsschiffe in Schanghai.

**London,** 30. 7. (T. U.) Nach einer Meldung aus Riga hat der Beauftragte der Sowjetregierung Karachan an die chinesische Regierung die energische Aufforderung gerichtet die gegenwärtig noch im Hafen von Shanghai ankernden russischen Kriegsschiffe der Sowjetregierung auszuliefern.

*

Es handelt sich um vier alte Kohlendampfer aus dem Bestande der ehemaligen russischen „Freiwilligen Flotte", auf denen sich Reste der Weißgardisten nach dem Zusammenbruch des Koltschakunternehmens in die Yangtsemündung flüchteten. Die Besatzungen sind inzwischen zum großen Teil desertiert, da keine Unterhaltsmittel zur Verfügung standen. Die chinesische Regierung hat die Absicht, die Fahrzeuge der Verwaltung der „Freiwilligen Flotte" zurückzugeben.

### Rumänische Revolutionsgerüchte.

Wie die rumänische Gesandtschaft in Berlin uns mitteilt, ist sie ermächtigt, zu den Gerüchten über die Lage in Rumänien folgende Erklärung abzugeben:

„Der Belagerungszustand ist über kein neues Gebiet des Landes verhängt worden, sondern bleibt nur in einigen Zentren bestehen, und zwar in Bukarest, Bessarabien, Großwardein, Klausenburg und in der Grenzzone. Eine Veränderung des bisherigen Zustandes hat durch die Verordnung nicht stattgefunden. Es handelt sich lediglich um eine Vorbeugungsmaßregel, um der Oeffentlichkeit ins Gedächtnis zurückzurufen, daß die Regierung gewillt ist, mit äußerster Entschiedenheit gegen diejenigen einzuschreiten, die die öffentliche Ordnung und die Sicherheit des Staates zu stören suchen."

### Verhandlungen zwischen Bayern und Reich über die Bahnfragen.

**ku. München,** 30. 7. (Eigenbericht.) Den ganzen Tag über haben heute Beratungen unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Held im hiesigen Ministerium des Auswärtigen stattgefunden über die künftige Stellung des bayerischen Bahnnetzes innerhalb der Reichsbahnverwaltung und wie Bayern für die Abtretung seiner Bahnen an das Reich zu befriedigen sei. Die Reichsminister Dr. Oeser und Dr. Luther waren heute früh in München zu den Verhandlungen eingetroffen. Von der bayerischen Regierung nahmen ebenfalls der Verkehrsminister und der Finanzminister an den Verhandlungen teil. Die Beratungen zogen sich bis zum Abgang des Berliner Nachtschnellzuges hin. Die Verhandlungen sind heute noch nicht zum Abschluß gekommen.

## Weiterbestand des Ruhrkohlensyndikats.

### Voraussichtliche Kündigung zu Ende September.

**ue. Essen,** 30. 7. (Eigenbericht.) Der Vereinigung für die Verteilung und den Verkauf der Ruhrkohlen A.-G. hielt Mittwoch eine Anzahl von Sitzungen ab, in denen man sich mit den schwebenden Gegensätzen innerhalb der Vereinigung befaßte. Ueber das Ergebnis der Sitzungen wird folgender Bericht herausgegeben:

**„In den Sitzungen wurde die unmittelbare Lage besprochen, die sich auf dem Kohlenmarkt infolge der Lockerung der Syndikatsbindung auf dem Gebiete der Handelsorganisationen herausgebildet hat. Die in der Inlandsgruppe zusammengeschlossene große Mehrheit der Mitglieder steht auf dem Standpunkt, daß nur ein straff geführtes Syndikat geeignet ist, Besserung zu bringen. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die darauf hinzielen, schon vor Ablauf des jetzigen Syndikatsvertrages (31. 12. 24) eine Besserung in diesem Sinne herbeizuführen.**

Wie wir hierzu erfahren, sind in den Verhandlungen die Thyssenschen Vorschläge für die Umbildung des gegenwärtigen Syndikats von der großen Mehrheit der Mitglieder abgelehnt worden. Die Thyssengruppe hält aber an ihren Vorschlägen fest. Infolgedessen ist bestimmt damit zu rechnen, daß zu Ende September, dem nächst zulässigen Termin, der gegenwärtige Syndikatsvertrag mit der hierzu erforderlichen Mehrheit von drei Vierteln aller Mitglieder gekündigt werden wird. Wenn nicht, was aber nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen ziemlich aussichtslos erscheint, mit den außerhalb der Inlandsgruppe der Ruhrkohle A.-G. stehenden Zechen eine Verständigung erzielt wird, ist also für Ende September mit dem Eintritt einer syndikatslosen Zeit im Ruhrbergbau zu rechnen.

*

Die Thyssenschen Pläne laufen darauf hinaus, dem Syndikat den Absatz an die Großverbraucher, wie Eisenbahn und dergl., zu überlassen, daß dagegen der Absatz an Verbraucher, deren Bezüge sich unter einer bestimmten Menge halten, den Zechen bzw. Zechen-Handelsgesellschaften überlassen bleiben soll.

### Keine Ermäßigung der Kohlenpreise.

**Essen,** 30. 7. (T. U.) In der Sitzung des Ruhrkohlensyndikats am 30. Juli wurde von einer weiteren Kohlenpreisermäßigung abgesehen. Der Bergbau ist mit der letzten Preisermäßigung um 20 Prozent schon an die Grenze des Möglichen gegangen, so daß eine weitere Herabsetzung eigentlich auch gar nicht in Frage kommen konnte, um so mehr, als der Ruhrkohlenbergbau durch die Micumverträge weiterhin belastet bleibt.

### Der Goldbestand der Bank von Frankreich.

**Paris,** 30. 7. Der Abgeordnete Bretin hat an den Finanzminister folgende schriftliche Anfrage gerichtet: 1. Muß die Bank von Frankreich, um den Stützungskredit von den amerikanischen Banken zu erhalten, einen Teil ihres Goldbestandes nach Amerika schicken? 2. Im bejahenden Falle: Wie hoch beläuft sich die nach Amerika zu verfrachtende Goldmenge? 3. Im verneinenden Falle: Ist der Goldbestand der Bank von Frankreich hypothekarisch belastet? 4. Zu welchem Zinssatze würde der Stützungskredit gewährt werden und auf welche Weise die Rückzahlung erfolgen? 5. Entstehen aus diesem Stützungskredit noch irgendwelche Verpflichtungen gegenüber den Amerikanern oder Engländern, und welches sind diese Verpflichtungen?

Der Finanzminister hat auf diese Fragen geantwortet: Zu 1 und 2: Die amerikanischen Kredite bringen Goldverfrachtungen nach Amerika mit sich. Zu 3 und 5: Die Rückzahlung soll nur dann in Gold erfolgen, wenn die Bank von Frankreich zum Fälligkeitstermin nicht den nötigen Vorrat an amerikanischen Dollars hat. Augenblicklich verfügt die Bank von Frankreich über einen Dollarvorrat, der die Gesamthöhe der Anleihe deckt; der Goldbestand ist infolgedessen frei von jeder hypothekarischen Belastung. Die amerikanischen Kredite waren belastet mit 1 % Kommission und 5½ % Zinsen.

## Amerikanischer Funkdienst.

### New York, Devisen- u. Geldmarkt.

| | 30. 7. | 29. 7. | | 30. 7. | 29. 7. |
|---|---|---|---|---|---|
| Tägl. Geld | 2 % | 2 % | Amsterd. | 38,16 | 38,16 |
| Berlin | 23¾ G, 24 B | 23¾ G, 24 B | Zürich | 18,52 | 18,40 |
| höchster | keine Umsätze | keine Umsätze | Kopenh. | 16,12 | 16,14 |
| niedrigst. | - | - | Prag | 2,96 | 2,97 |
| London | | | Rom | 4,33 | 4,33 |
| Kabel tr. | 4,3975 | 4,4037 | Madrid | 13,33 | 13,37 |
| Lond. 60T. | 4,3675 | 4,3737 | Silber, | | |
| Paris | 4,98½ | 5,07½ | ausl. | 68 | 68¼ |
| Brüssel | 4,54 | 4,58 | | | |

### New York, Produktenmarkt.

| | 30. 7. | 29. 7. | | 30. 7. | 29. 7. |
|---|---|---|---|---|---|
| Kaffee loco | 17¼ | 17¼ | Eisen | 19,25 | 19,25 |
| „ Sept. | 14,75 | 15,03 | Weißblech | 5,50 | 5,50 |
| „ Oktbr. | 14.48 | 14,73 | Schmalz | 14,37½ | 14,65 |
| „ Dezbr. | 13,93 | 14,13 | Talg | 8⅝ | 8⅝ |
| „ März | 13,58 | 13,72 | Bw. Saatöl l. | 14,12 | 13,50 |
| „ Mai | 13,35 | 13,44 | „ Sept. | 12,97 | 13,25 |
| Baumwolle l. | 31,75 | 33,00 | Petroleum Cas. | 16,90 | 16,90 |
| „ Aug. | 28,10 | 28,75 | „ Tanks | 6,50 | 6,50 |
| „ Sept. | 28,30 | 29,05 | „ Stand wh. | 13,50 | 13,50 |
| „ Okt. | 28,27 | 29,04 | Pennsylv. Bal. | 3,25 | 3,25 |
| „ Dez. | 27,58 | 28,23 | Zucker Sept. | 3,32 | 3,36 |
| Zufuhr | 7 000 | 4 000 | „ Dez. | 3,38 | 3.40 |
| Kupfer elekt. | 13½ | 13⅜ | Terpentin | 84,25 | 84,25 |
| Blei | 7,50 | 7,50 | „ Sav. | 77,75 | 77,75 |
| Zink | 6,05 | 6,05 | Baumw. N. Orl. | 28,75 | 29,50 |

| | 30. 7. | 29. 7. | | 30. 7. | 29. 7. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen rot. | 144 | 145¼ | Mehl, Sp. | 5,55-6,05 | 5,75-6,25 |
| Hartw. | 147 | 148½ | Getr.-Fr. Engl. | 1 sh 8 d | 1 sh 8 d |
| Mais | 123¼ | 122½ | Kontinent | 7 cts. | 7 cts. |

### Chicago, Produktenmarkt.

| | 30. 7. | 29. 7 | | 30. 7. | 29. 7. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen Juli | 134¼ | 136 | Schmalz, Sept. | 13,37½ | 13,72½ |
| „ Sept. | 131⅛ | 132¼ | Rippen, Juli | 11,90 | 12,30 |
| Mais Juli | 111⅛ | 112¼ | Speck | 12,12½ | 12,00 |
| „ Sept. | 108 | 109¼ | Leichte Schweine niedr. | 10,15 | 10,60 |
| Hafer Juli | 53⅛ | 54 | „ höchst. | 10,80 | 11,15 |
| „ Sept. | 48⅛ | 50¼ | Schwere Schweine niedr. | 10,00 | 10,40 |
| Roggen Sept. | — | 95 | „ höchst. | 10,75 | 11,00 |
| „ Dez. | 99⅛ | 100¼ | Zufuhr Chicago | 16 000 | 18 000 |
| [illegible] Juli | 13,30 | 13,65 | „ Westen | 95 000 | 96 000 |

## Genf und die kolonialen „Mandate".

Von

**Dr. h. c. Hermann Detzner.**

Die führende französische koloniale Tageszeitung, die chauvinistische „La Dépêche Coloniale et Maritime", versucht seit dem Zusammentritt der ständigen Mandatskommission in Genf durch ebenso aufdringliche, wie wahrheitswidrige Leitartikel diese Kommission zu beeinflussen. Das genannte Gremium hat die Aufgabe, die Jahresberichte der Mandatare der deutschen Kolonien, die alljährlich dem Völkerbund erstattet werden müssen, zu prüfen. In einem der letzten dieser Aufsätze findet sich eine Abschweifung, die die größte Aufmerksamkeit der maßgebenden deutschen Kreise sowohl als der verantwortlichen Stellen des Völkerbundes verdient.

In einem „Der Verkauf des sequestrierten deutschen Eigentums in Englisch-Kamerun" betitelten Aufsatz reißt dieses Blatt den Schleier von den versteckten Zielen der Mandatsmächte in den deutschen Schutzgebieten, Ziele, welche auf nichts Geringeres hinsteuern, als den Ueberwachungsdienst der Ständigen Mandatskommission und damit den Völkerbund nach und nach auszuschalten und die in den Tagen des Versailler Diktats wegen der vorausgegangenen heuchlerischen Erklärungen nicht gut mögliche offene Annexion der blühenden deutschen Kolonien nun auf Schleichwegen durchzuführen.

Lassen wir die „Dépêche Coloniale et Maritime" selbst reden: „Die englischen Versteigerer des sequestrierten deutschen Eigentums in Britisch-Kamerun erklären, daß die Besitzgarantie den Käufern durch das Gouvernement von Nigeria und, hinter diesem stehend, durch die englische Regierung selbst unter dem Gesichtspunkt gewährleistet werde, das unter britischem Mandat stehende Territorium von Kamerun in innigste Verbindung mit der Kolonie Nigeria zu bringen. Dieses Vorgehen ist ein neuer Beweis für das von den Engländern sowohl in Kamerun als auch in Togo verfolgte Ziel, unmerklich die Wege zu einer klaren und buchstäblichen Einverleibung der ehemals deutschen Gebiete in die englische Nachbarkolonie vorzubereiten. Es ist wohl erlaubt, die Frage zu stellen, warum nicht auch Frankreich in dieser Hinsicht ähnliche Wege zu gehen versucht."

Für die hämische Bloßstellung der Annexionspolitik des Ententegenossen jenseits des Kanals könnte man dem französischen Blatt dankbar sein, wenn sie nicht schon aus den amtlichen englischen, dem Völkerbund während der letzten Jahre vorgelegten Mandatsjahresberichten klar zu erkennen gewesen wäre. Schon im Jahre 1920 und, wie die späteren Jahresberichte zeigen, noch zielbewußter in den folgenden Jahren waren die englischen Behörden in den Mandatsgebieten in Westafrika, gestützt auf den Artikel 9 der die Mandate offiziell übertragenden Völkerbundsbestimmungen vom 1. August 1922, welcher erlaubte, „die Mandatsterritorien als integrierenden Teil des Territoriums der Mandatare zu verwalten", aber unter Verfälschung des offenbaren Sinnes dieser Vollmacht, welche die Verwaltung der Mandatssphäre als ein Ganzes und nicht als auseinandergerissene Teilstücke vorsah, daran gegangen, die Zerstückelung der ihnen übertragenen deutschen Gebiete vorzunehmen und sie mit den Provinzen der eigenen Nachbarkolonien zu verschmelzen. So wurde die England in Kamerun zugesprochene Mandatssphäre in fünf, jene in Togo sogar in sieben Teilstücke zertrümmert und erstere in die benachbarten Distrikte der englischen Kolonie Nigerien „einverleibt", letztere als „Togoland-Sections" der östlichen Distrikte der englischen Kolonie Goldküste mitverwaltet.

Die immer inniger werdende Verschmelzung der aus ihren ethnographischen und wirtschaftlichen wie historischen Zusammenhängen herausgerissenen Teilstücke mit den benachbarten englischen Distrikten stellt natürlich nur die Vorstufe zu der dauernden Vereinigung West-Kameruns und West-Togos mit Nigerien bzw. der Goldküste-Kolonie dar, ein Entwicklungsziel, welches auch der englische Jahresbericht für Togo durch den Ausspruch bekräftigt, daß die Geldzuschüsse des Gouvernements der Goldküste an West-Togo nur deshalb geleistet würden, weil sicher damit gerechnet wird, daß diese Gebiete Togos dauernd englisch bleiben werden, „whatever the future of Togoland as a whole may be".

Die kürzlich in der nördlich an Deutsch-Ostafrika angrenzenden englischen Kenya-Kolonie eingeleiteten Aktionen, welche in der Forderung an die britische Regierung gipfeln, das nördliche volkreichste und wirtschaftlich am höchsten entwickelte Drittel Deutsch-Ostafrikas der Kenya-Kolonie als Kompensation für das jüngst Italien überlassene Juba-Land einzuverleiben, zeigen gemeinsam mit der nicht mißzuverstehenden Aufforderung der „Dépêche Coloniale et Maritime" an die französische Regierung, es den Engländern gleichzutun, nur zu deutlich, wohin die Reise gehen soll. Wird nicht jetzt in Genf dieser Entwicklung Einhalt geboten, dann werden die Nachbarbesitzungen der Mandatare die deutschen Schutzgebiete bald aufgesaugt haben. Naturgemäß werden die Verwaltungs- und Wirtschaftsrichtlinien, die Grundsätze für das Eingeborenenerziehungs- und Gesundheitswesen der britischen und französischen Kolonien in den mit ihnen dann zu Einheiten verschmolzenen Mandatsteilstücken herrschend werden. Für die französischen und englischen Protektorate besteht aber ein Einspruchs- oder Ueberwachungsrecht des Völkerbundes nicht. Die Schmälerung des Einflusses der Genfer Körperschaft in den Mandatsgebieten wird eine automatische Folge, die vollständige Ausschaltung des Völkerbundes in Fragen fortschrittlicher Kolonialpolitik das unvermeidliche Schlußstück sein.

**Es ist wohl nicht nur erlaubt, sondern notwendig, die Frage zu stellen: Wird die Ständige Mandatskommission beim Völkerbund, welcher auf Grund der ihr alljährlich vorgelegten englischen Rechenschaftsberichte dieser auf Schleichwegen einherschreitende Annektierungsprozeß nicht entgangen sein konnte, welcher die Annexionsbewegungen in der Kenya-Kolonie ebenso bekannt sein müssen als die unverhüllte Aufforderung des führenden französischen Kolonialblattes an die**